

---

**12348/J XXVII. GP**

---

**Eingelangt am 21.09.2022**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

des Abgeordneten Kainz  
und weiterer Abgeordneter  
an die Bundesministerin für EU und Verfassung  
betreffend **Kosten für Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen im BMEUV für das 3. Quartal 2022**

Im politischen Tagesgeschäft ist die richtige sprachliche Kommunikation von unermesslicher Wichtigkeit. Durch die zunehmende Globalisierung und die damit einhergehende internationale Kommunikation kommen daher Tätigkeiten wie Übersetzen und Dolmetschen eine immer größer werdende Bedeutung zu. Auch in Österreich besteht ein wachsender Bedarf an Übersetzungs- und Dolmetschertätigkeiten für Gerichte und Behörden, aber auch für die einzelnen Bundesministerien. Solche Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen sind meist mit hohen Kosten verbunden.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für EU und Verfassung folgende

### **Anfrage**

1. Wie hoch waren die Kosten für Dolmetscherleistungen in ihrem Ressort für das 3. Quartal 2022? Bitte um detaillierte Aufgliederung nach Kosten und Sprachen.
2. Wie hoch waren die Kosten für Übersetzungsleistungen in ihrem Ressort für das 3. Quartal 2022? Bitte um detaillierte Aufgliederung nach Kosten und Sprachen pro Jahr.
3. Inwiefern entstand durch den Krieg in der Ukraine mit Russland ein erhöhter Bedarf an den Sprachen ukrainisch und russisch?
4. Welche Sprachen können Sie selbst im Ministerium abdecken, ohne auf externe Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen zurück zu greifen?
5. Gibt es Sprachen in denen ein externer Bedarf besteht, der nicht gedeckt werden kann?  
a.) Falls ja, welche?
6. Welche Dolmetscher bzw. Übersetzungsbüros wurden seitens Ihres Ressorts engagiert?  
a.) Werden diese Aufträge öffentlich ausgeschrieben?

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

- b.) Falls ja, wo werden diese Aufträge ausgeschrieben?
- c.) Falls die Aufträge nicht öffentlich ausgeschrieben werden, warum nicht?